

Sehr geehrter Herr Lutz, sehr geehrter Herr Hilgarth,

anbei die Antworten auf ihre Wahlprüfsteine. Bei Rückfragen helfen wir gerne weiter.

Herzliche Grüße

Frank Horns

Frage 1 Die Corona-Krise hat beispielhaft gezeigt, dass die Lebenswirklichkeit von Soloselbstständigen und Unternehmen bis 10 MA in Ministerien nicht ausreichend verstanden wird. Wie stehen Sie zur Forderung nach einem Regierungsbeauftragten? Wie wollen Sie alternativ für ein besseres Verständnis sorgen?

Antwort: Die mangelnde Wahrnehmung in den Ministerien für einen Grundpfeiler unserer Wirtschaft und der wirtschaftlichen Selbstverwirklichung liegt an den Regierungsparteien. Ein weiterer Aufbau von Ministerialbürokratie wird nicht zur Besserung der Situation beitragen. Hier bedarf es eines generellen Politikwechsels und dieser beginnt schon bei den Wählern mit der Abgabe der Wahlstimmen.

Frage 2 Gesetzlich kranken- und pflegeversicherte Selbstständige zahlen aufgrund hoher Mindestbeiträge und einer im Vergleich zum Bruttoeinkommen mind. 20% höheren Bemessungsgrundlage sehr viel höhere Beiträge als Angestellte und deren Arbeitgeber. Wann und wie wollen Sie diese Ungleichbehandlung beenden?

Antwort: Hierzu ist die Positionsfindung der AfD noch nicht abgeschlossen.

Frage 3 Wie stehen Sie zur Einführung eines Altersvorsorgedepots, das in anderen Ländern eine kostengünstige Anlage in Investmentfonds und ETFs ermöglicht und in gewissem Umfang pfändungs- und insolvenzsicher wäre? Vielen Selbstständigen hätte das in der Corona-Krise sehr geholfen.

Antwort: Die AfD erkennt die Probleme, die die fehlgeleitete Lockdown-Politik der Regierung herbeigeführt hat. Wir streben aber kein Altersvorsorgedepot an, da es die grundlegenden Probleme des Rentensystems nicht löst. Hierzu benötigt es eine demografische Wende, die wir durch eine signifikante Entlastung der Familien lösen wollen. Für Unternehmen und Selbstständige, die nachweislich durch die Lockdown-Politik besonders betroffen wurden, setzen wir uns auf nationaler Ebene für Entschädigungen ein.

Frage 4 Bei dem geplanten Lobbyregister sollen Lobbyisten von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und weitere wie Kirchen von der Eintragungspflicht ausgenommen werden, obwohl diese Institutionen in großem Umfang Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Wie stehen Sie zu diesen Ausnahmen?

Antwort: Die AfD setzt sich für ein umfassendes Lobbyisten-Gesetz mit konkreten Rechten, Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten ein. Es sollte vorbildlichen Regelungen anderer Demokratien entsprechen.

Frage 5 Die Regulierung der PKV führt dazu, dass die Versicherten immer wieder mit hohen Beitragssprüngen konfrontiert sind. Angenommen, eine Bürgerversicherung und damit die Ablösung der PKV lässt sich nicht durchsetzen: Wie wollen Sie PKV-Beiträge berechenbarer machen und deren Anstieg begrenzen?

Antwort: Die AfD lehnt eine Zusammenlegung von GKV und PKV in einer sog. Bürgerversicherung ab. Um einen Wettbewerb zwischen den PKV'en herzustellen, setzt sich die AfD dafür ein, dass Privatversicherte ihre Altersrückstellungen bei einem Versicherungswechsel mitnehmen können.

Frage 6 Es sind oft Bund, Länder, Kommunen u.a. staatsnahe Organisationen, die zu niedrige Honorare festlegen, sei es bei der direkten Beauftragung von Selbstständigen, bei Ausschreibungen oder in Gebührenordnungen (etwa Hebammen, Dolmetscher). Was werden Sie konkret tun, um Verbesserungen herbeizuführen?

Antwort: Hierzu ist die Positionsfindung der AfD noch nicht abgeschlossen.

Frage 7 Selbstständige, die freiwillig arbeitslosenversichert waren, haben in der Corona-Krise kein Kurzarbeitergeld erhalten und wurden in vielerlei Hinsicht gegenüber anderen Versicherten benachteiligt. Welche Veränderungen planen Sie in Bezug auf Freiwilligkeit, Beitragsberechnung und Leistungen?

Antwort: Hierzu ist die Positionsfindung der AfD noch nicht abgeschlossen.

Frage 8 Eine von unserem Mitglied Vera Dietrich initiierte Gesetzesreform soll den Abmahnmissbrauch eindämmen. Sind die beschlossenen Maßnahmen ausreichend? Welchen Nachbesserungsbedarf sehen Sie? Wie stehen Sie zu dem von uns vorgeschlagenen Online-Melderegister für Abmahnungen?

Antwort: Hierzu hatte die AfD bereits einen Gesetzentwurf geliefert, der vorsieht, dass alle finanziellen Anreize für Abmahnungen beseitigt werden. Werden Formalverstöße im Internet gerügt, wie die Pflicht zur Impressum-Angabe oder zur Widerrufsbelehrung, muss der Abmahnende seinen Anwalt selbst bezahlen. Abmahnvereine müssen nachweisen, dass sie sich aus Mitgliedsbeiträgen finanzieren. Vereine, die im Verbraucherschutzinteresse agieren, müssen zudem eine Mindestzahl von 2.000 Mitgliedern aufweisen. Kleine Vereine, die bundesweit abmahnen, werden auf diese Weise ausgebremst. Verstöße gegen die Datenschutz-Grundverordnung sollen nicht zu einer Abmahnung berechtigen. So verhindern wir eine neue Abmahnwelle. Zugleich wollen wir die bewährte Spezialisierung von Wettbewerbsgerichten erhalten.

(...)

Mit freundlichen Grüßen

Frank Horns
Pressereferent

Alternative für Deutschland
[Bundesgeschäftsstelle](#)